



Stellungnahme Nr. 5 von Heckler & Koch zum Sturmgewehr G36

Diskussion um G36-Gehäusewerkstoff basiert auf Theorie Einzelner

Bundesrechnungshof ermittelt seit Jahren voreingenommen gegen HK

Aufgrund zahlreicher Medienanfragen zum Thema G36 möchten wir die Öffentlichkeit über weitere Fakten zu Schwerpunktthemen der G36-Debatte informieren.

Diskussion um G36-Gehäusewerkstoff basiert auf Theorie Einzelner

Alle Behauptungen zu angeblichen Negativeigenschaften des G36-Gehäusewerkstoffs und insbesondere, dass dieser die Ursache für alle angeblich festgestellten Probleme bzgl. der Treffleistung sei, sind falsch.

Diskussionen über Details der Kunststoffzusammensetzung sind daher verfehlt. Der Bundeswehr war dessen Zusammensetzung jederzeit bekannt. Die Bundeswehr hat stets vertragsgemäße G36-Gewehre erhalten.

HK stellt den verwendeten Kunststoff nicht selbst her, sondern erwirbt die Kunststoffgranulate als fertiges Produkt.

Der angebliche Zusammenhang zwischen behaupteten Treffleistungsproblemen des G36 und dessen Gehäusewerkstoff beruht allein auf einer Theorie, welche von zwei Mitarbeitern der Wehrtechnischen Dienststelle für Waffen und Munition 91 (WTD 91), sowie einem Mitarbeiter des Wehrwissenschaftlichen Instituts für Werk- und Betriebsstoffe (WIWeB) stammt. Diese Theorie wurde erstmals Ende 2011 auf Mutmaßungen basierend aufgestellt und soweit uns bekannt nie von unabhängiger Seite überprüft.

Diese Theorie wird nach Kenntnisstand von Heckler & Koch von keinem unabhängigen Werkstoffexperten geteilt oder gar bestätigt. Sie basiert offensichtlich auf der eher laienhaften Vorstellung, dass der Werkstoff des G36-Gehäuses bei Erwärmung angeblich derart weich werde, dass die tatsächlich darin aber fest

verbundene, stählerne Rohraufnahme im G36-Gehäuse entsprechend instabil werden müsse.

Bereits im Zeitraum zwischen Ende 2011 und Ende 2013 hatten die genannten drei Mitarbeiter behauptet, dass die erheblichen Streukreisvergrößerungen des G36 im heißgeschossenen Zustand ausschließlich auf den Gehäusewerkstoff zurückzuführen seien. Es fehlt hier offensichtlich sowohl die fachliche Kompetenz als auch die notwendige Unvoreingenommenheit, wie die erneute Verbreitung dieser Theorie anschaulich erkennen lässt.

Denn schon Ende 2013 war durch die Fraunhofer-Gesellschaft/Ernst-Mach-Institut (EMI), bestätigt durch das Bundeskriminalamt (BKA), nachgewiesen worden, dass die alleinige Ursache für die festgestellten massiven Streukreisvergrößerungen nicht der Gehäusewerkstoff des G36, sondern die mangelhafte Zinnbeschichtung der Geschosse einiger Bundeswehr-Munitionslose eines Herstellers ist.

Es bleibt daher festzuhalten, dass die beiden Mitarbeiter der WTD91 lediglich die zutreffende Feststellung getroffen hatten, dass vergrößerte Streukreise an sich auftraten, dann aber ohne weitere Untersuchungen fehlerhaft die Waffe als Ursache benannten. Der Mitarbeiter des WIWeB nahm eine vollständig falsche Bewertung vor, indem er auf Grundlage dieser Theorie die nachweislich falsche „Expertise“ abgab, der G36-Gehäusewerkstoff sei die Ursache der Streukreiserweiterung.

Anstatt notwendige dienstliche Konsequenzen, für die genannten drei Mitarbeiter wegen deren grober Fehleinschätzung zu ziehen, beauftragte die Bundeswehr Ende 2014 gerade diese wiederum mit angeblich „unabhängigen“ weiteren Untersuchungen zum G36. Diese Untersuchungen schlossen auch die Überprüfung der eigenen Mutmaßungen, Theorien und darauf basierenden Ableitungen ein. Zu diesem Zeitpunkt waren die drei genannten Mitarbeiter fachlich bereits disqualifiziert und somit auch die fachliche Gesamtreputation der WTD91 und des WIWeB im Handwaffen- und Munitionsbereich in Frage zu stellen.

Dieser persönliche Interessenkonflikt steht spätestens seit Ende 2013 einer unvoreingenommenen Überprüfung vorheriger Untersuchungsergebnisse durch eben diese drei Mitarbeiter entgegen.

Bundesrechnungshof ermittelt seit Jahren voreingenommen gegen HK

Auch der Bundesrechnungshof (BRH) hat bis heute jeglichen Kontakt mit HK verweigert; er ermittelt seit Jahren ebenso einseitig wie voreingenommen und ohne Fachabteilung auf Basis der zweifelhaften „Fachexpertisen“ der drei o. g. Bundeswehr-Angehörigen gegen das G36 und andere Produkte unseres Hauses. Die aktuellen Untersuchungen seit Ende 2014 wurden nach Wahrnehmung von HK auf alleiniges Betreiben des BRH durchgeführt. Somit ist der BRH inzwischen selbst zum Verursacher von erheblichen Steuergeldverschwendungen geworden.

Wir verweisen auf unsere Mitteilung vom 29. Juni 2014.

Heckler & Koch fordert die uneingeschränkte Veröffentlichung des durch das BMVg angekündigten Abschlussberichts und die damit verbundene Gelegenheit zur öffentlichen Stellungnahme.



**Pressestelle
Heckler & Koch GmbH**